



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Weltpolitik und Börse. In Heft 24 der Grenzboten vom 14. Juni dieses Jahres haben wir in einem Artikel: „Großkapital und größeres Deutschland“ im Interesse der deutschen Weltpolitik vor der in Mode gekommenen Heze gegen das „mobile Großkapital“ nachdrücklichst gewarnt. Veranlassung dazu gab unmittelbar die unerfreuliche Erscheinung, daß sich zu der wirtschaftlichen Erschließung unsrer eignen Kolonien deutsches Kapital nicht hinreichend findet, während sich fremdes dazu drängt, und daß man nun unsrer Kolonialverwaltung die Zulassung des fremden Kapitals zum Vorwurf macht und ein Monopol für das deutsche verlangt. Als ob das deutsche Kapital nicht ganz selbstverständlich von der Kolonialverwaltung bevorzugt werden würde, wenn es nur das Geschäft machen wollte, und als ob es nicht das Geschäft ganz selbstverständlich ebenso gern wie das fremde Kapital machen würde, wenn es nur dazu in stande und überhaupt vorhanden wäre? Mit immobilem Kapital, mit den, wie wir glauben, im Übermaß in Industrie und in Grund und Boden festgelegten Kapitalien, auch mit Sparkassen- und Mündelgeldern läßt sich keine großangelegte, nachhaltige Kolonialpolitik machen. Aber auch für die Weltpolitik überhaupt, zu der wir nolens volens gezwungen sind, und die wir erfolgreich durchführen müssen, wenn wir den Verfall nicht riskieren wollen, ist ein starkes „mobiles Großkapital,“ meinten wir, ebenso nötig wie eine starke Flotte.

Nun hat man uns freilich durch allerhand sogenannte Statistiken davon zu überzeugen gesucht, daß wir eigentlich schon heillos reiche Kerle wären, daß wir die Engländer fast erreicht und die Franzosen schon überholt hätten. Zum Teil hat diese Renommierstatistik sogar die Protektion hoher Reichsämtler gefunden, und wie es scheint, soll ihre agitatorische Windmachie noch weiter fortgehn. Was man damit eigentlich bezweckt, ist nicht ganz klar, nachdem das Flottengesetz unter Dach gebracht ist. Will man die Deckung der Kosten des chinesischen Kriegs dadurch dem Reichstag als spielend leicht darstellen? Das hieße doch eine gute Sache wieder einmal mit Kunst um unredlichen Ende anfangen und unverantwortlich ins Unrecht setzen. Man würde damit der an sich, Gott sei Dank, ohnmächtigen Opposition nur willkommene Waffen in die Hand geben. Oder will man etwa gar die liebe „öffentliche Meinung,“ die sich so oft hat was weismachen lassen, durch das Gerede von dem riesigen Vorrat an „mobilem Kapital,“ der sich in Deutschland durch die jahrzehntelange ausschließliche Begünstigung der Exportindustrie und des Großhandels, wie man den Leuten voverzählt, angesammelt habe, für die neuen Millionenopfer gewinnen, die Herr von Miquel für seine Agrarreform verlangen zu müssen schon angekündigt hat? Man lasse doch endlich den Unsinn einmal bleiben, oder man fördere ihn wenigstens von Amts wegen nicht weiter! Man korrumpiert damit schließlich nicht nur die Statistik in Grund und Boden, sondern man reitet unsre ganze Wirtschaftspolitik damit so gründlich in den Sumpf, daß von einer deutschen Weltpolitik zu reden der reine Hohn wird. Wir sind an „mobilem Kapital“ im Verhältnis zum Bedarf noch sehr arm. Das müssen wir uns immer wieder sagen. Und wenn die fixe Idee, das „mobile Kapital“ sei die Wurzel alles Übels und müsse gefesselt, gelähmt, geschöpft werden im Interesse der Gesamtheit, wie wir im Juni sagten, unsre gebildeten Kreise immer noch beherrscht, und das ist in der That der Fall, so müssen wir in den Grenzboten nur um so dringender betonen, daß nicht Kampf und Chikane gegen das mobile Großkapital, nicht Lähmung und Unterbindung seines Anwachsens und seiner

Konzentration, sondern seine angemessene Pflege, Förderung und Erziehung bei uns heute die richtige Politik ist, der ohne Gefährdung unserer nationalen Machtstellung und Existenz nicht mehr zuwider gehandelt werden darf.

Wir begrüßen es deshalb mit großer Freude, daß in den sonst recht öden Spalten der früher orthodox manchesterlichen, jetzt einer krankhaften Mauferung im Interesse der Bundesbrüderschaft mit der „gemauferten Sozialdemokratie“ verfallenen Wochenchrift: „Die Nation“ Dr. Georg von Siemens, der Leiter der Deutschen Bank, in einem „Die nationale Bedeutung der Börse“ überschriebenen Aufsatz in überzeugender Weise auf den Schaden hinweist, den die gegen die Börse als „eine der prägnantesten Vertretungsformen des mobilen Kapitals“ seit langer Zeit unausgesetzt ausgeübt, leider nur zu erfolgreich, übermäßigen, gehässigen und verständigkeitslosen Anfeindungen unserer Fähigkeit zur Weltpolitik zugefügt haben und weiter zuzufügen drohen.

Dr. von Siemens sagt selbst, daß die Gegner der Börse ihren Erfolg der geschickten Benützung des „an sich berechtigten moralischen Widerwillens gegen den Börsenschwindel“ verdanken. Daß der nützliche Handel die „gleichen Formen“ nicht entbehren könne, sei ihnen gleichgiltig. Es erscheine ihnen im Interesse der Aufrechterhaltung ihres politischen und sozialen Einflusses unerwünscht, daß Klassen, die bisher unter ihrer Vorherrschaft gestanden hätten, durch die Entwicklung der Neuzeit in die Lage gebracht worden wären, „der Allgemeinheit Dienste zu leisten,“ für die ihre eignen wirtschaftlichen Kräfte nie ausgereicht hätten und nie ausreichen würden. Schon das ist in gewissem Sinne ganz richtig, nur sollte Herr von Siemens selbst und seinesgleichen es sich wohl etwas mehr angelegen sein lassen, den an sich berechtigten moralischen Widerwillen gegen den Börsenschwindel auch an der Börse und der Moral auch im Geschäft mehr Geltung zu verschaffen; gerade wenn der nützliche Handel dieselben Formen, die dem Schwindler dienen, nicht entbehren kann. Bis jetzt sind die Grenzen zwischen Moral und Amoral im Geschäft an der Börse denn doch etwas stark verwischt gehalten worden, und das Non olet ist immer noch Trumpf. Wer ihn nicht auspielt, gilt als „Schafskopf,“ und wer ihn unmoralisch benützt nur dann als „Schwindler,“ wenn er so „dumm“ war, Schaden dabei zu haben. Diese ausgesprochene Konsequenz der Manchestermoral energisch zu bekämpfen würde für Leute wie Siemens sicher eine sehr verdienstliche Aufgabe sein, schon weil sie damit der unvernünftigen Hege gegen die Börse und das von ihr vertretene mobile Kapital am allerwirksamsten die Spitze abbrechen würden. In der Börsenpraxis ist von ihrem darauf gerichteten Streben noch nichts zu spüren, da sind sie die alten, stammten Prinzipienreiter des Laisser-aller.

Der genannte, sehr verdiente Weltfinanzmann sagt dann weiter, die in dem Streite zur Entscheidung stehende prinzipielle Frage sei die, ob die Vermehrung des mobilen Vermögens in seinem Verhältnis zum immobilien Vermögen einen Fortschritt oder dessen Gegenteil darstelle. In Deutschland schätze man gegenwärtig das immobile Vermögen auf drei Fünftel, das mobile auf zwei Fünftel des Gesamtvermögens der Nation. Das mobile Vermögen habe den Vorzug der größeren Teilbarkeit und der leichtern Konzentration, es sei leichter erlangbar und leichter verlierbar, es sporne zu größerer Thätigkeit an und könne ein wertvoller Kulturträger werden, und vor allem: „ohne genügenden Vorrat an mobilem Kapital ist eine expansive Weltpolitik unmöglich.“ Darin hat der Herr ganz entschieden Recht, und darin wirft er seine kaum von einem in Deutschland zu übertreffende sachverständige Urteilsfähigkeit so sehr mit Recht in die Waagschale, daß seine politische Parteistellung gar nichts daran ändern kann. Auch wenn er es sich z. B. nicht versagen kann, zum Schluß zu bemerken, es handle sich auch auf diesem Gebiet „um den alten Gegensatz zwischen gefesseltem und freiem Willen, zwischen Vormund-

schaft und freier Initiative," und je „nach seiner Weltanschauung“ werde jeder einzelne in diesem Streit, der so alt sei wie die Menschheit, „sich einer oder der andern Partei anzuschließen haben," so können diese Phrasen uns die Freude über sein Urteil in dem, was er versteht, nicht beeinträchtigen. Als „freisinniger“ Parteimann nimmt er natürlich jeden guten Gedanken, den er hat, als Monopol des Parteifreisinns in Anspruch, obwohl ein gut konservativer Mann genau derselben Überzeugung sein muß, wenn er nur unbefangen urteilt. Mit der „Weltanschauung“ soll man so etwas überhaupt nicht in Verbindung bringen, wenn man vernünftige, praktische und patriotische Politik treibt, was Herr von Siemens doch will.

Tatsächlich hat die von dem blinden Haß gegen das mobile Kapital beeinflusste Gesetzgebung im letzten Jahrzehnt viel dazu beigetragen, die nationale Bedeutung der deutschen Börsen und namentlich der Berliner Börse zu schädigen. Die Regierung hat sich damit eines für die Weltpolitik, die man vor hat, ganz unentbehrlichen Organs zur Beobachtung und Einwirkung nach allen Richtungen hin teilweise beraubt und der Bildung und Konzentration unnötige Erschwerungen bereitet. Sie hat den Wert der Börse in einer Phase unsrer wirtschaftlichen Entwicklung unverantwortlich mißachtet, wo er ganz besonders geschätzt werden mußte. Und sie hat das, wie die Geschichte der letzten Jahre auf jeder Seite beweist, zum großen Teil wider besseres Wissen gethan, aus Schwäche gegen die agrarische, mittelstandspolitische, antisemitische „Bewegung," an deren trauriger Ausartung sie die Schuld trägt, und von deren Anhängern sie statt Dank natürlich nur Hohn und Spott erntet. Nur eine starke Regierung kann die Weltpolitik des Kaisers vor Schaden bewahren. Sie ist dazu ebenso nötig, wie eine starke Flotte und ein starkes mobiles Kapital. Hoffentlich wird Graf Bülow darin das Steuer geschickter und kräftiger führen, als es bisher geführt worden ist. β

Billig und schlecht. Schanghai, Anfang September. Wieviel Thränen und welchen unsagbaren Jammer haben gewissenlose Berichterstatter für europäische Zeitungen in diesem schicksalschweren Sommer verursacht! Es ist ja gar nicht auszudenken. Man versehe sich nur einmal in die Lage von Menschen, die liebe Angehörige in Peking hatten und nun lesen mußten, daß ihre Töchter vergewaltigt und die Köpfe ihrer Enkel von der bestialischen Horde, die chinesisches Militär heißt, im Triumph umhergetragen worden wären: erst dann wird man die ganze Größe der Berruchtheit ermessen, die darin lag, solche Gerüchte als Tatsachen nach Europa zu telegraphieren. Zeitweilig schien ja allerdings die Lage der in Peking eingeschlossenen Ausländer so verzweifelt zu sein, daß auch Optimisten nur noch sehr geringe Hoffnung hatten. Die Berichterstatter werden sich also wohl gesagt haben: Es ist so gut wie sicher, daß kein einziger Fremder in der Hauptstadt mit dem Leben davongekommen ist; also nun nur nicht länger damit gewartet, graufige Einzelheiten nach Hause zu telegraphieren, deren Unrichtigkeit uns nachher niemand nachweisen kann. Begreiflich ist ein solches Verhalten schon, aber es ist gleichwohl nicht zu entschuldigen. Je sicherer es war, daß es bei einer Überwältigung der Ausländer in Peking an schrecklichen Auftritten nicht fehlen würde, desto gebieterischer war die Pflicht, solange mit der Verbreitung trauriger Nachrichten zu warten, bis unumstößliche Gewißheit über deren Wahrheit vorlag.

Der deutschen Presse wird man im allgemeinen nicht vorwerfen können, sie wolle es in der Sucht, Sensation zu erregen, mit den englischen oder gar den amerikanischen Blättern aufnehmen. Wie kam es nun, daß unsre Zeitungen während der vergangenen Monate alles abdruckten, was sie an Einzelheiten über das furchtbare Schicksal der in Peking eingeschlossenen Europäer nur finden konnten? Auf

diese Frage giebt der Ostasiatische Lloyd in einem „Billig und schlecht“ überschriebenen Artikel die beschämende Antwort: „Weil sich die deutsche Presse nicht entschließen kann, das Geld für eigne telegraphische Informationen aufzuwenden. Wir wissen, daß bei Beginn der Unruhen in Nordchina einer Reihe von großen deutschen Blättern der Vorschlag gemacht worden ist, ihnen gemeinsam über die wichtigsten Ereignisse zuverlässige telegraphische Berichte zu senden; der Vorschlag ist damals nicht angenommen worden; es hieß einfach, daß man alles aus London sehr viel billiger erhalten könne. Billiger mögen die Übersetzungen der Depeschen englischer Sensationsblätter wohl sein; was sie aber wert sind, haben wir jetzt gesehen. Wir haben doch auf so manchem andern Felde in Deutschland schon die Erfahrung gemacht, daß »Billig und schlecht« nicht der Wahlspruch ist, mit dem Erfolge im Wettkampfe der Völker errungen werden. Deshalb wundert es uns, daß sich die in Bezug auf den einheimischen Dienst so gründlich und gut organisierte deutsche Presse noch immer nicht entschließen kann, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik den alten, nicht mehr gangbaren Weg zu verlassen und den Ansprüchen gerecht zu werden, die veränderte Zeiten und Verhältnisse an sie zu stellen berechtigt sind.“

Diesen Ausführungen wird man unbedingt beistimmen müssen. Dem gebildeten Deutschen ist Sensation durchaus zuwider. Schon während des Kriegs zwischen China und Japan konnte man entrüstete Urteile darüber hören, daß so viel unglaublich dummes Zeug aus fremden Blättern in deutsche überginge. In diesem Sommer war das noch in verstärktem Maße der Fall. Wir wollen nur ein Beispiel anführen. Mitte Juli meldeten alle europäischen Zeitungen, Schanghai schwebte in der größten Gefahr, weil 100 000 Chinesen im Anmarsch auf diesen Hafen wären. Das feindliche Heer konnte nur von Norden kommen, weil sich die Südprowinzen immer ruhig verhielten. Nun ist es aber dem Kerl, der eine so unsinnige Depesche in die Welt schickte, gar nicht eingefallen, wie denn wohl die Feinde über den nördlich von Schanghai vorbeistießenden mächtigen Yangtsekiang kommen sollten, der nirgends eine Brücke hat und in seinem Unterlaufe mehrere tausend Meter breit ist! Ein paar fremde Kriegsschiffe würden jede chinesische Truppenmacht am Überschreiten des Stromes verhindern können.

Je bereitwilliger jeder einsichtige Deutsche einer maßvollen Weltpolitik zustimmen wird, desto mehr muß er hoffen, daß unsre Presse die Lehren der letzten Monate beherzigen und sich bald den neuen, ihr durch die Weltpolitik gestellten Aufgaben gemachsen zeigen möge.

Nochmals die Zukunft des Baltentums. Ein Balte schreibt uns: Krumings Urteile über die Balten bedürfen einer Berichtigung, weil sie subjektive Eindrücke verallgemeinern und nicht auf den großen Zug der Zeit achten. Es ist falsch, wenn er es für eine Schuld der Balten ansieht, daß die Letten und die Esthen noch nicht germanisiert sind. Die Masuren, die Kaschuben und die Litauer, die in Ost- und Westpreußen hausen, sind auch immer noch nicht germanisiert worden, trotz des besten Willens der preussischen Regierung. Der große Strom deutscher Bauern, der im Mittelalter Ostelbien germanisiert hat, ist nur einem Teile Preußens zu gute gekommen. Er versiegte, weil die Expansionskraft der ganzen Nation nachließ, und eben weil er versiegte, bestehn diese Völker noch heute, und nur sehr allmählich wird die deutsche Kultur sie absorbieren. Wäre dieser Strom stärker und andauernder gewesen, so wären die Esthen und die Letten ebenso von der deutschen Nation aufgesogen worden wie einst die Obotriten und die Wilzen. Daß die Esthen und die Letten das Mittelalter überdauert haben, ist also nicht die Schuld der Balten, sondern die der ganzen deutschen Nation, wenn überhaupt von

einer Schuld geredet werden kann. Daß die Kulturkraft der Balten allein hernach nicht mehr geleistet hat, ist bedauerlich, aber auch das preußische Deutschtum ist mit den Litauern noch nicht fertig geworden.

In der Polen- und Schwedenzeit konnte in den Ostseeprovinzen nicht germanisiert werden, das wird Krümming wohl zugeben. Aber auch im achtzehnten Jahrhundert ging es nicht. Das Deutschtum im Baltenland war nach dem Nordischen Kriege so geschwächt, daß es erst zu Kräften kommen mußte, bevor es an größere Kulturaufgaben gehn konnte. Das ist erst im neunzehnten Jahrhundert geschehn, und daß damals die Germanisierung auch in Gang kam, kann nicht geleugnet werden.

Krümming hält das Deutschtum Livlands für rettungslos verloren. Das ist eine sehr kühne Behauptung. Das Land ist wohl von russischen Beamten überflutet, aber diese hält nur das Gebot des Staats im fremden Lande, das sie fast ausnahmslos gern verlassen würden. Eine wirkliche Einwanderung von Russen in Livland findet nicht statt. Russische Landwirte und Kaufleute meiden das Baltenland. Die „Schwarzarbeiter,“ die kommen und gehn, zählen nicht, und ebenso wenig die paar russischen Händler, die sich dort noch haben halten können. Bräche Rußlands Herrschaft an der Ostsee zusammen, so wäre es mit dem wurzellosen Ruffentum in den Ostseeprovinzen im Handumdrehn vorbei.

Viel besser steht es mit dem bedrängten Deutschtum. Wohl haben die Deutschen an Zahl spürbar eingebüßt — die Regierung hat die vielen deutschen Beamtenfamilien fortgeschickt, und reichsdeutsche Handwerker meiden das unwirtliche Land —, aber die Kraft ihrer Wurzeln ist nicht zerstört worden. Der deutsche Adel und das deutsche Großbürgertum behaupten sich und entsalten eine erstaunliche Regsamkeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Junker, Grafen und Barone, die früher in den russischen Staatsdienst oder in die Armee zu treten pflegten, werden jetzt Gutsverwalter oder Fabrikchemiker. Sie wählen einen solchen Beruf, weil sie als Protestanten in Rußland keine Karriere machen können, und weil sie im Lande bleiben müssen.

Dazu arbeitet Berliner Kapital in Riga und Reval und bringt manche Kraft aus dem Reiche in die Reihen der Balten. Wer einen Blick in das Wirtschaftsleben des baltischen Deutschtums gethan hat, der wird trotz der furchtbaren Erziehungs- und Schulnot noch nicht an der Zukunft der Balten verzweifeln und es nicht verwunderlich finden, wenn die Stärkern und Bessern unter ihnen ruhig den Sturm durchzuwettern entschlossen sind. Daß jugendlich schwärmende Balten über die reichsdeutschen Zustände enttäuscht sind, kann nur den Unkundigen wunder nehmen. Nüchterne Männer aber achten Deutschland hoch, obgleich sie wissen, daß auch in Berlin mit Wasser gekocht wird. Die Balten als echte Niederdeutsche waren und sind noch zum Teil heute Partikularisten. Preußen mochten sie nicht werden, ebenso wenig wie die Holsten vor der Zeit der Dänennot. Aber der Partikularismus nimmt ab — sogar die Kurländer beginnen zu glauben, daß Livländer und Estländer Verstand haben —, und das starre Festhalten an den Sonderrechten schwindet auch.

Ob Leon Hardt (L. von Ströck), auf den sich Krümming beruft, wirklich genau die Meinung aller Balten wiedergegeben hat, will ich nicht untersuchen. Nur Unkundige werden aber daran zweifeln, daß die Russennot den Balten die Ablegung des Partikularismus erleichtert hat; und daß sie sich jetzt in ein „preußisches Regiment“ leichter als vor zwanzig Jahren fügen würden, darf als sicher angenommen werden. Daß nur wenig Balten nach Deutschland auswandern, ist ganz verständlich. Das überfüllte Deutschland könnte sie ja doch nicht brauchen. Wenn sie in zu großer Zahl kämen, würden sie als Eindringlinge und Konkurrenten übel angesehen werden.

Kruming hält die Sache der Balten für verloren, weil ihn die staatsmännischen Reden Bismarcks irre führen. Praktische Politiker leben in der Gegenwart und überlassen es Gelehrten, in die Zukunft zu schauen. Und doch können beide Recht haben.

Friedrich Wilhelms III. Staatsmänner schufen das neue Preußen und den Zollverein. Preußens Feinde und Freunde erwarteten mehr. Wer die klugen Männer, die damals Preußen regierten, gefragt hätte, was von einem preußischen Reiche deutscher Nation zu halten sei, dem würden sie einstimmig gesagt haben: Gar nichts! Sie würden — Moß vielleicht ausgenommen — so geredet haben, als sei der Deutsche Bund für die Ewigkeit geschaffen, und als gedenke Preußen in alle Ewigkeit ein Torso zu bleiben. Und doch haben die Leute, die Preußens Größe erhofften und fürchteten, Recht behalten. Das Deutsche Reich ist doch unter Preußens Führung geschaffen worden.

Sofort erwachten neue Hoffnungen und Befürchtungen. Graf Peter Schuwalow sah es nur für eine Frage der Zeit an, daß Livland und Polen Deutschland zufallen würden, Frankreich zitterte für Holland und die Schweiz, die Dänen sahen sich schon als zukünftige Reichsdeutsche an. Bismarck dagegen predigte das Evangelium vom saturierten Deutschland. Er that recht daran, denn das Reich brauchte Zeit, sich zu konsolidieren. Daß das offizielle Deutschland dieses Evangelium weiter verkündigt und wahrscheinlich auch glaubt, ist ganz in der Ordnung. Das gehört zum Gewerbe. Wer aber nicht Diplomat oder Minister ist, der braucht es nicht zu glauben und wäre sehr unschuldig, wenn er es glaubte. Jetzt kann man ruhig sagen, es ist nur eine Frage der Zeit, daß Holland ein deutscher Bundesstaat wird, und daß die in der deutschen Machtsphäre liegenden Klein- und Mittelstaaten demselben Schicksal und zwar volens verfallen werden. Deutschland kann warten und wird warten. Mag die Diplomatie es ableugnen, und das politische Philistertum an die „Saturiertheit“ Deutschlands weiter glauben, das Deutsche Reich wird doch größer werden und sich auf dem Kontinent so oder so ausdehnen müssen.

Ein russischer Offizier hat gesagt, das eigentliche Element der Unruhe in Europa sei die deutsche Nation trotz der Friedlichkeit der deutschen Politik, denn die deutsche Nation habe ein zu kleines Haus. Die Russen, die Engländer und die Franzosen brauchten nicht zu erobern, denn sie hätten Raum genug und könnten deshalb Frieden halten, wenn sie wollten. Deutschland könne aber nicht Frieden halten, obgleich es wolle, denn das Reich sei für das riesenhaft emporstrebende Volk zu klein. Er sah als natürliches deutsches Kolonisationsgebiet Westrußland an. Der Mann, der so sprach, war kein Balte, sondern ein Nationalrusse. Er sprach nur das aus, was die klügsten Russen denken. Sie alle kennen den deutschen Drang nach Osten und fürchten ihn. Sie sehen deutsche Bauernschaften und deutsche Unternehmer in Rußland um sich greifen als Vorposten der kommenden deutschen Hochflut, die Westrußland erfüllen wird, und suchen durch die Defensivmaßregel der Russifizierung der drohenden Gefahr vorzubeugen.

Daß die deutsche Diplomatie den Drang nach Osten ableugnet, ist in der Ordnung. Wer aber nicht Diplomat ist und doch leugnet, was die klügern Russen sehen und fürchten, der macht sich einfach lächerlich. Wenn Peter Schuwalow an Deutschlands unvermeidliche Expansion nach Osten geglaubt hat, so glaube ich ihm mehr als den gegenteiligen Beteuerungen Bismarcks. Will das offizielle Deutschland die Herrschaft über die Ostsee in alle Ewigkeit mit den Russen teilen, so ist das gut und recht, wenn aber die Russen und die Dänen an der Ewigkeit dieses Entschlusses zweifeln, so haben sie noch mehr Recht. Das zukünftige Deutschland wird doch Herr über die Ostsee und alle ihre Küsten sein wollen und sein müssen. Das ist der unabänderliche Gang der Weltgeschichte. Freilich liegt es noch in weiter

Ferne, aber nur der praktische deutsche Staatsmann hat das Recht, das nicht zu sehen, was die Dänen und die Russen voraussehen und nicht ändern können.

In Krumings finis Livoniae kann ich nicht einstimmen. Livland wird leben, wenn Deutschland leben wird. Die Totenscheine, die die Diplomatie — mit oder ohne Augurenlächeln — ausstellt, gelten nicht für die Geschichte, sondern nur für das politische Philistertum.



Litteratur

Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften in selbständigen Bänden, begründet von Runo Franckenstein, fortgesetzt von Max von HedeL. 1. Abteilung: Volkswirtschaftslehre, 16. Band: Handel und Handelspolitik von Dr. R. van der Borgh, Professor der Nationalökonomie an der königlichen technischen Hochschule zu Aachen. Leipzig, C. L. Hirschfeld, 1900

Keiner der zahlreichen Bände des seit 1893 erscheinenden verdienstlichen Sammelwerks ist so zu rechter Zeit erschienen wie dieser, wo die Handelsfragen im Augenblick am lebhaftesten brennen. Der Verfasser behandelt alle Teile des weit-schichtigen Gegenstands: die Gliederung und die Technik des Handels, seine volkswirtschaftliche Bedeutung, das Handelsrecht und die neuere Gesetzgebung in Handels-sachen, die Handelspolitik so gründlich und vollständig, als es der gegebene Rahmen erlaubte, und mit der Unparteilichkeit, die in streitigen Fragen meist den Mittelweg einschlägt. Er erkennt die Produktivität und Unentbehrlichkeit des Kaufmanns-handels, den seine Gegner Zwischenhandel schelten, vollauf an, ist aber weit entfernt davon, eine Handelspolitik zu empfehlen, die einseitig auf die Begünstigung des Handels zugeschnitten wäre. Er hebt die große, den Verbrauchern zu gute kommende Kostenersparnis der Warenhäuser hervor, gesteht zu, daß es theoretisch möglich sei, den ganzen Bedarf einer Großstadt durch einen einzigen Zentralbazar zu be-friedigen, glaubt aber, daß es in Wirklichkeit nie dahin kommen werde, weil die Bequemlichkeit der Käufer viele über die Stadt zerstreute kleine Verkaufsstellen fordert. Ebenjowenig glaubt er, daß jemals die Konsumvereine den Krämer ganz verdrängen werden, obwohl er deren größtes Verdienst, daß sie den kleinen Mann an Barzahlung gewöhnen und Ordnung in seine Finanzen bringen, sehr hoch schätzt. Er leugnet nicht die Berechtigung der Krämer zu Klagen, verwirft aber entschieden die Verhängung von Erdrosselungssteuern über die Großbazare, schon aus dem Grunde, weil das Vernichtungsstreben nicht sowohl gegen die Vereintigung ver-schiedener Warengattungen in einem Geschäft als vielmehr gegen den Großbetrieb gerichtet ist, die gefährlichen Folgen aber auf der Hand liegen, die es nach sich ziehen müßte, wenn der Staat auch nur in einem einzigen Falle anerkennen wollte, daß die Inhaber von Kleinbetrieben die Vernichtung der konkurrierenden Groß-betriebe zu fordern hätten. Die Behauptung auf Seite 198, „daß die Reform im ganzen nützlich wirkt und volkswirtschaftlich berechtigt ist,“ möchten wir nicht un-eingeschränkt gelten lassen. Ebenso wie die Krämer verweist er das ganze Volk den Schädigungen durch die Börse gegenüber der Hauptsache nach auf Selbsthilfe; Maßregeln gegen die Ausschreitungen des Spekulantentums seien gerechtfertigt, aber die Spielsucht werde sich bei jeder Gestaltung des nun einmal unentbehrlichen Börsen-handels Befriedigung zu verschaffen verstehen. Auch die Bestrebungen der Land-